



Europäische Union

Europa fördert Sachsen.



Europäischer Sozialfonds



SAB
Sächsische AufbauBank

Antrag auf ein Mikrodarlehen

Kommunal- und Gewerbefinanzierung

1. Antragsdaten

1.1 Antragsteller

Bei Personen- und Kapitalgesellschaften ist der Antrag von **allen** Gesellschaftern zu stellen (SAB-Vordruck 60680-1).

Firma (Bezeichnung)
Straße, Hausnummer
PLZ Ort
genaue Bezeichnung der Branche
Gewerbeanmeldung zum (TT.MM.JJJJ) bei Neugründung
Gründungsdatum (TT.MM.JJJJ) bei bestehenden Firmen
Umsatzsteueridentifikationsnummer

Kundennummer (wird von der SAB befüllt)
Name Antragsteller/Gesellschafter
Vorname Antragsteller/Gesellschafter
Steueridentifikationsnummer
Ansprechpartner für Rückfragen
Telefon
Fax
E-Mail
Internet-Adresse

Gründungsart

- Neugründung**
- Erneute Gründung (2. Chance)**
- Festigung innerhalb von 5 Jahren nach Gründung**

Bei Beantragung "Erneute Gründung (2.Chance)"

- Es wird bestätigt, dass die Verpflichtungen aus der ersten Gründung diese Maßnahme nicht belasten oder Verbindlichkeiten aus einer früheren Selbständigkeit im Rahmen einer privat-autonomen Schuldenbereinigung oder im Wege des gesetzlichen Restschuldbefreiungsverfahrens erledigt sind.**

Unternehmensrechtsform

- Einzelunternehmen**
- GmbH**
- GbR**
- sonstige**

1.2 KMU-Bewertung

Sind Sie zum Zeitpunkt der Antragstellung ein Kleinunternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 2 Mio. € ?

- ja** **nein**

Bitte beachten Sie auch unser Informationsblatt KMU SAB-Vordruck 60300 zur KMU-Definition im Sinne der Empfehlung der EU-Kommission.

Bestehen Besitz- und Beteiligungsverhältnisse von Dritten an Ihrem Unternehmen und/oder ist Ihr Unternehmen an anderen Unternehmen beteiligt?

- ja**
(Bitte füllen Sie die KMU-Bewertung, SAB-Vordruck 60314 sowie die Anlage Berechnungsbogen zur KMU Bewertung, SAB-Vordruck 60314-1, vollständig aus)
- nein**

1.3 Arbeitsplätze (Anzahl beschäftigter Personen einschl. Antragsteller)

Arbeitsplätze insgesamt	zum Antragszeitpunkt vor Vorhabensbeginn	davon weiblich	für die nächsten 12 Monate zusätzlich geplante
	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

2. Beantragtes Darlehen

2.1 Mikrodarlehen

Darlehensbetrag maximal 20.000 €
Darlehenslaufzeit bis zu 6 Jahre
davon tilgungsfrei: 0, 6 oder 12 Monate

Darlehensbetrag (in €)
Laufzeit (in Jahren)
tilgungsfreie Monate

2.2 Finanzierungsverbindlichkeiten/Kapitaldienst - betrieblich

Angabe aller Darlehen und weiterer Zahlungsverpflichtungen (Leasing/Mietkauf etc.) bereits bestehend und neu

Art	Finanzierungsbetrag in €	Finanzierungsbeginn (TT.MM.JJJJ)	Laufzeit in Monaten	Raten p.m. in €

3. Angaben zum Investitionsvorhaben

3.1 Vorhabensbeginn

Vorhabensbeginn ab (TT.MM.JJJJ)

„Ich beantrage, dass bereits vor Erhalt des Darlehensangebotes mit dem Vorhaben begonnen werden darf. Mir/Uns ist bekannt, dass aus der Zustimmung der SAB zu einem vorzeitigen Vorhabensbeginn kein Anspruch auf Darlehensgewährung hergeleitet werden kann.“

Über eine Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn kann erst bei Vorlage und Prüfung aller erforderlichen Antragsunterlagen entschieden werden. (s.a. Nr. 8 des Antrages)

Darlehen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, mit denen noch nicht begonnen wurde. Sollte ein sofortiger Beginn erforderlich sein, um das Vorhaben erfolgreich zu realisieren, bitten wir Sie, folgende Erklärung **einschließlich einer Begründung** abzugeben:

Begründung (ggf. durch Beiblatt ergänzen)

3.2 Vorhabensort entspricht der **Adresse des Antragstellers unter 1.1**

andernfalls

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

Dauer von Miet- und Pachtverträgen

4. Erklärungen des Antragstellers

4.1 Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten

Antragsteller = natürliche Person

Der Antragsteller (natürliche Person) handelt im eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fremde Veranlassung (insbesondere eines Treugebers)

ja **nein** (bitte Vordruck Nr. 65222-1 ausfüllen)

Antragsteller = nicht natürliche Person (z.B. GbR, GmbH, UG, KG)

Bitte reichen Sie den Vordruck-Nr. 65222-1 ein.

4.2 De-minimis-Erklärung

Hiermit bestätige(n) ich/wir, dass meine/unsere Firma im laufenden Steuerjahr (entspricht in der Regel dem Kalenderjahr) sowie in den vergangenen zwei Steuerjahren

keine
 entsprechend beigefügtem Vordruck 60381

De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags

über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen sowie deren Vorgängerverordnung (VO (EG) Nr. 1998/ 2006), veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 352 vom 24.12.2013, erhalten habe/haben und keine weitere De-minimis-Beihilfe beantragt habe/haben.

Bitte beachten Sie auch unser Informationsblatt De-minimis-Regel VD 60380.

5. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt, dass (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- 1. mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und erst nach Entscheidung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – über den Antrag mit dem Vorhaben begonnen wird. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Liefer- und Leistungsvertrages zu werten;
- 2. über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet ist und dass die im nationalen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger nicht erfüllt sind;
- 3. nach Abgabenordnung oder ZPO keine eidesstattliche Versicherung abgegeben bzw. Vermögensauskunft erteilt wurde bzw. Eintragung im Schuldnerverzeichnis erfolgt ist;
- 4. die Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung des Vorhabens und Abrechnung der Fördermittel geboten wird;
- 5. Umschuldungen oder Nachfinanzierungen kein Antragsbestandteil sind;

- 6. das SEPA-Lastschriftmandat zur Teilnahme am Lastschriftverfahren erteilt wird (SAB-Vordruck 64022);
- 7. die Durchfinanzierung des geplanten Vorhabens vollständig gesichert ist.
- 8. gegen mein/unser Unternehmen keine Rückforderungsanordnung aufgrund einer Kommissionsentscheidung über die Unrechtmäßigkeit einer gewährten Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt vorliegt, der ich/wir nicht fristgerecht in voller Höhe Folge geleistet habe(n).
- 9. ich/wir keinen weiteren Antrag bei einer Behörde/Institution auf Gewährung eines Zuschusses/Darlehens zur Finanzierung derselben Ausgaben gestellt habe/haben oder stellen werde/werden.

Sollten ausgewählte Punkte (von 1 bis 9) nicht zutreffend sein, bitten wir nachfolgend um Begründung/Erläuterung: (ggf. Anlage beifügen)

Begründung/Erläuterung

6. Investitionsplan

Ist der Antragsteller nach UStG vorsteuerabzugsberechtigt?

- ja nein

Wenn ja, sind nachfolgende Kosten ausschließlich ohne Umsatzsteuer (Netto) anzugeben.

	Betrag (in €)
6.1 Gewerbliche Baukosten in Fremdleistung	<input type="text"/>
6.2 Gewerbliche Baukosten in Selbst- und Nachbarschaftshilfe (gem. Anlage SuN/Spalte Gesamtkosten)	<input type="text"/>
6.3 Investitionen mit einem Anschaffungswert über 410 € ¹ (ab 2018 über 800 €)	<input type="text"/>
6.4 Sacheinlagen (mit Aktivierung im Anlagevermögen)	<input type="text"/>
6.5 Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 € (ab 2018 bis 800 €) sowie Betriebsmittel (Material, Waren, Miete, Werbung etc.) ²	<input type="text"/>
Summe Investitionsplan	<input type="text"/>

7. Finanzierungsplan

	Betrag (in €)
7.1 Finanzielle Eigenmittel (Nachweis durch aktuellen Kontoauszug)	<input type="text"/>
7.2 Eigenleistungen (gemäß Anlage SuN/Eigenleistungen)	<input type="text"/>
7.3 aktivierungsfähige Sacheinlagen (gemäß Anlage Sacheinlagen)	<input type="text"/>
7.4 Sonstige (Darlehen, Leasing, Mietkauf etc.) Vorlage entsprechender Nachweise erforderlich. Bezeichnung	<input type="text"/>
7.5 beantragtes Mikrodarlehen	<input type="text"/>
Summe Finanzierungsplan (= Summe Investitionsplan)	<input type="text"/>

Der Eigenanteil (7.1 -7.4) beträgt mind. 20% der Summe des Investitionsplans (Punkt 6).

¹ Bitte reichen Sie die unter 6.3 enthaltenen Positionen einzeln aufgelistet ein.

² Kosten aus bereits bestehenden Verträgen (z.B. Mietverträge, Telefonverträge, Versicherungsverträge, Arbeitsverträge) können nicht anerkannt werden.

8. Anlagen

Folgende Unterlagen sind Bestandteil des Antrages und der Sächsischen AufbauBank – Förderbank – (SAB) zur Antragsprüfung vorzulegen. Wir weisen Sie darauf hin, dass die Antragsbearbeitung sowie die Entscheidung über die Genehmigung eines beantragten vorzeitigen Vorhabensbeginns erst erfolgen können, wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen:

- Stellungnahme der fachkundigen Stelle** (gemäß SAB-Vordruck 60704)
- Unternehmenskonzept** (gemäß SAB-Vordruck 60690)
- Rentabilitätsvorschau Existenzgründer/junge Unternehmer** (gemäß SAB-Vordruck 60703)
- tabellarischer, zeitlich lückenloser Lebenslauf des/der Existenzgründer/s**
- Nachweis der für die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit notwendigen fachlichen und kaufmännischen Kenntnisse (insbesondere die Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss eines Qualifizierungsseminars/ Existenzgründungsseminars oder eine Bescheinigung über eine vergleichbare oder höherwertige Ausbildung)**
- Identitätsfeststellung durch zuverlässige Dritte im Original** (gemäß SAB-Vordruck 60311)
- Kopie Personalausweis – beidseitig –**
- SCHUFA-Erklärung** (gemäß SAB-Vordruck 60059)
- Selbstauskunft** (gemäß SAB-Vordruck 60680-2)
- ggf. Aufstellung Sacheinlagen** (gemäß SAB-Vordruck 60688)

- ggf. Anlage Aufstellung der Selbst- u. Nachbarhilfe** (gemäß SAB-Vordruck 60689)
- ggf. Anlage zum Antrag bei mehreren Antragstellern** (gemäß SAB-Vordruck 60680-1)
- bei Anträgen von natürlichen Personen, welche im wirtschaftlichen Interesse /auf Veranlassung fremder Personen handeln** (gemäß SAB-Vordruck 65222-1)
- Nachweis über die in die Finanzierung einfließenden finanziellen Eigenmittel (aktueller zuordenbarer Kontoauszug)**

bei bereits bestehenden Unternehmen:

- Gewerbegenehmigung des Antragstellers**
- Jahresabschluss (letztes Jahr) sowie aktuelle BWA und Summen-/Saldenliste (Vormonat) des Antragstellers und ggf. der Hauptgesellschafter.**
- Gesellschaftsvertrag und aktueller Handelsregisterauszug des Antragstellers und ggf. der Hauptgesellschafter**
- bei Anträgen von Personen- und Kapitalgesellschaften Informationsblatt zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes - Anlage 2** (gemäß SAB-Vordruck 65222-1)
- bei Anträgen von Personen- und Kapitalgesellschaften (GbR, GmbH, UG ...) Unterschriftenproben/Zeichnungsbefugnisse** (gemäß SAB-Vordruck 61547)

bei bei juristischen Personen:

- Melderechtliche KMU-Selbsterklärung** (gemäß SAB-Vordruck 63521)

9. Statistik/Indikatoren

Wir sind verpflichtet, die folgenden Daten für statistische Zwecke zu erheben. Bitte machen Sie folgende Angaben:

1. Alter:

2. Ich bin (Mehrfachauswahl möglich):

- arbeitslos gemeldet**
- seit > 6 Monaten arbeitslos gemeldet**
- seit > 12 Monaten arbeitslos gemeldet**
- als Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin beschäftigt (bezahlte Tätigkeit, auch Mini-Job)**
- selbständig**
- Auszubildender/Auszubildende**
- Bezieher von Arbeitslosengeld I bzw. bei Agentur für Arbeit gemeldet**
- Bezieher von Arbeitslosengeld II bzw. bei der Kommune/ Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gemeldet**
- nicht erwerbstätig und nicht bei der Bundesagentur für Arbeit oder einem Jobcenter gemeldet (z. B. Schüler/ Schülerin, freiwillig Wehrdienstleistend, Vollzeitstudierend, Vollzeit in Elternzeit, Hausmann/Hausfrau).**

3. Alle Mitglieder meines Haushalts sind erwerbslos, d.h. sie sind entweder

- nicht erwerbstätig (sondern z.B. Schüler/Schülerin an einer allgemeinbildenden Schule, zur Zeit in Aus- oder Weiterbildung, in Elternzeit oder Hausmann/Hausfrau) oder
- bei der Bundesagentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet.

ja nein

4. Ich lebe in einem Haushalt mit mindestens einem Kind, das noch keine 25 Jahre alt und wirtschaftlich abhängig ist.

ja nein

5. Ich bin alleinerziehend.

ja nein

6. Ich gehöre einer in Deutschland anerkannten Minderheit an (Sinti, Roma, Friesen, Sorben).

ja nein

7. Ich habe einen Migrationshintergrund, weil ich entweder
- nicht auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik geboren wurde und 1950 oder später zugewandert bin und/oder
 - keine deutsche Staatsangehörigkeit besitze oder eingebürgert wurde oder
 - meine Eltern oder ein Elternteil nach Deutschland zugewandert oder ausländischer Herkunft sind.

ja nein

8. Ich habe eine anerkannte Behinderung.

ja nein

9. Mein höchster Bildungsabschluss ist:

- Hauptschulabschluss**
- Berufsvorbereitungsjahr**
- mittlere Reife/Realschulabschluss**
- Berufgrundbildungsjahr**
- betriebliche Lehre/Ausbildung, Berufsfachbildung, sonstige schulische Ausbildung**
- Abitur/Fachhochschulreife auf dem 1. Bildungsweg**
- Abitur/Fachhochschulreife auf dem 2. Bildungsweg**
- Meister/Meisterin**
- (Fach)Hochschulabschluss/Promotion**
- kein Schulabschluss.**

10. Ich gehe noch zur allgemeinbildenden Schule

ja nein

Hinweis: Die Angaben zu den Punkten 6. (Minderheiten), 7. (Migrationshintergrund) und 8. (anerkannte Behinderung) sind freiwillig.

1. Die Richtigkeit und Vollständigkeit sowohl der vorstehenden als auch der in den Anlagen zu diesem Antrag gemachten Angaben wird hiermit versichert. Es ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben die sofortige Kündigung des Darlehensvertrages zur Folge haben können.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass zu Unrecht ausgezahlte Fördermittel unverzüglich zurückzuzahlen sind und für diese Beträge vom Tag ihrer Auszahlung bis zu ihrer Rückzahlung Zinsen in Höhe des hierfür nach Haushalts- und Verwaltungsrecht bestimmten Zinssatzes zu entrichten sind.

2. Der Zuwendung liegen Subventionen des Landes bzw. des Bundes zugrunde, auf welche der § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 (GVBl. S. 2) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037)(BGBl. III 453-18-1-2) geändert durch Sechstes Überleitungsgesetz vom 25.9.1990 (BGBl. I S. 2106) Anwendung findet. Nach § 3 SubvG sind Sie verpflichtet, uns unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass meine/unsere in diesem Formular in den Ziffern 1-7 sowie in den Anlagen getätigten Angaben subventionswerterhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt.

Ich bin/Wir sind verpflichtet, der SAB unverzüglich eine nachträgliche Änderung der vorgenannten Angaben mitzuteilen.

3. Der Antragsteller erklärt, dass das Darlehen ausschließlich zur Finanzierung des beantragten Vorhabens verwendet wird.

4. Umsetzung des Geldwäschegesetzes
 Der/Die Antragsteller wird/werden darauf hingewiesen, dass gemäß § 4 Abs. 6 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 Geldwäschegesetz (GwG) Mitwirkungspflichten bei Antragstellung und während der Dauer der Geschäftsbeziehung in Bezug auf
 a) seine/ihre Identifizierung,
 b) die Klärung des wirtschaftlich Berechtigten bestehen. Detaillierte Angaben sind dem Informationsblatt zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes (GwG) zu entnehmen (SAB-Vordruck Nr. 65222).

5. Es ist bekannt, dass die Staatskanzlei und die Staatsministerien, soweit dies zu ihrer Aufgabenerfüllung erforderlich ist,

die personenbezogenen Daten verarbeiten dürfen, § 4 Abs. 1 Satz 1 Gesetz über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (SächsFöDaG). Die SAB ist nach dem SächsFöDaG verpflichtet, durch Rechtsverordnung bestimmte Daten an die zuständigen Stellen zu übermitteln.

6. Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung

Der Antragsteller wird darauf hingewiesen, dass die Einwilligung in die Datenverarbeitung, insbesondere in die Erhebung (auch bei SCHUFA Holding AG), Speicherung, Veränderung, Nutzung und Übermittlung (auch an SCHUFA Holding AG) – ggf. auch durch hinzugezogene kompetente Institutionen – der für die Bearbeitung des Antrages, der Auszahlung und Verwaltung des Darlehens erforderlichen personenbezogenen Daten nach § 4 Abs. 3 Sächsisches Datenschutzgesetz freiwillig ist. Es besteht für den/die Betroffene(n) das Recht, die Einwilligung zur Datenverarbeitung zu verweigern oder mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, sofern dem keine Rechtsgründe entgegenstehen. Dies hätte zur Folge, dass sich die Bearbeitung des Antrages sowie die Auszahlung des Darlehens/Zuschusses ggf. verzögert oder unmöglich wird. In Kenntnis dieser Umstände wird Folgendes erklärt:

„Der Antragsteller willigt in die Verarbeitung, insbesondere in die Erhebung (auch bei SCHUFA Holding AG), Speicherung, Veränderung und Nutzung der erhobenen Daten zum Zwecke der Bearbeitung des beantragten sowie der Auszahlung und Verwaltung des Darlehens bzw. des ggf. entstehenden Erstattungsanspruches ein. Die Einwilligung gilt auch für die Übermittlung der Daten an die an der Bewilligung, Auszahlung und Verwaltung des Darlehens beteiligten Stellen innerhalb und außerhalb der SAB sowie die SCHUFA Holding AG und die Verarbeitung der übermittelten Daten durch diese Stellen. Hierzu können in Abhängigkeit vom jeweiligen Förderverfahren z. B. das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und die beteiligten Kammern zählen.“

Nach EU-Recht³ sind die jeweils zuständigen Verwaltungsbehörden des Freistaates Sachsen verpflichtet, im Interesse einer verbesserten Transparenz über alle gewährten Zuwendungen mindestens einmal jährlich ein Verzeichnis zu veröffentlichen, das Auskunft über die einzelnen Begünstigten, die geförderten Vorhaben bzw. Maßnahmen, für die die Zuwendungen gewährt wurden, sowie die Höhe der jeweils bereitgestellten öffentlichen Mittel gibt.

Mit der Annahme der Finanzierung erklären Sie zugleich Ihr **Einverständnis zur Aufnahme der vorgenannten Angaben in das Verzeichnis**. Eine Zuwendung aus EU-Mitteln kann nur bei Veröffentlichung der vorgenannten Angaben erfolgen.

Ort
Datum (TT.MM.JJJJ)

rechtsverbindliche Unterschrift aller Antragsteller Stempel

³ Art. 6, 7 Abs. 2 Buchstabe d der VO (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur VO (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der VO (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und Rates über den Europäischen Sozialfonds in der jeweils geltenden Fassung.